

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

01-03/2023/ Nr. 84

Der Ukraine-Krieg beweist: Echte Neutralität und EU-Mitgliedschaft sind unvereinbar

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

In diesen Kriegszeiten erleben wir die Stunde der Wahrheit, was es heißt Mitglied einer kriegstreiberischen Europäischen Union zu sein, die nicht zögert, sich über rechtsstaatliche Prinzipien hinwegzusetzen und ihre Mitglieder anstiftet, es ihr gleich zu tun.

Am Beispiel des Beschneidens von Eigentumsrechten im Rahmen der völkerrechtlich unzulässigen Sanktionspolitik(!) – für den Normalbürger heißt das „Diebstahl“ – können wir sehen, wie wenig Brüssel geneigt ist, sich an Recht und Gesetz zu halten, wenn es der Eskalation des Krieges dienlich ist.

Österreich ist aufgrund seiner EU-Mitgliedschaft gezwungen, sowohl das internationale Völkerrecht als auch die eigene Verfassung zu verletzen, genauerhin das im Verfassungsrang stehende Neutralitätsgesetz, dem wir unsere Freiheit und unseren Frieden verdanken.

Zur Verschleierung dieser Ungeheuerlichkeiten bedienen sich Politiker gerne

verlogener Tricks. Die österreichische Neutralität wird uminterpretiert, in eine militärische und politische auseinanderdividiert oder mit einer positiv klingenden Beifügung, z.B. „aktive Neutralität“, versehen. In Wahrheit wird dieses Friedensinstrument nach und nach seiner Substanz beraubt und unglaubwürdig.

Es ist klar: **Eine echte Neutralität mit ihrer Abstinenz- und Gleichbehandlungspflicht gegenüber allen Konfliktparteien ist mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU nicht vereinbar.**

Deshalb enthielt das offizielle Beitrittsansuchen Österreichs an die EU vor der Volksabstimmung 1994 einen sogenannten „Neutralitätsvorbehalt“, d.h. **Österreich ist vorbehaltlich seiner Neutralität der EU beigetreten.** Allerdings ist die EU auf diesen Neutralitätsvorbehalt nie eingegangen. Sie hat ihn nie bestätigt, sich aber auch nicht dagegen geäußert.

Russland ist Garant der österreichischen Neutralität und muss als solcher einschreiten, wenn sie, von welcher Seite auch immer, verletzt wird, d. h. die Russische Föderation kann Österreich die Rechnung präsentieren, wenn es sich nicht an seine Pflichten als immerwäh-



Protestaktion des Bündnisses „Heizung, Brot und Frieden“ in Berlin, für das ein Zusammenhang zwischen dem westlichen Wirtschaftskrieg gegen Russland und der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage in Deutschland, von der vor allem der einkommensschwache Bevölkerungsteil betroffen ist, auf der Hand liegt. „Wir zahlen nicht für eure Krise“, lautet das Motto.

Quelle: unsere-zeit.de - screenshot

rend neutraler Staat hält.

In der heutigen Akutsituation muss die Republik Österreich im eigenen Interesse unbedingt diesen „Neutralitätsvorbehalt“ ins Spiel bringen und öffentlich thematisieren. Sollte die EU nicht bereit sein, diese vertragliche Vereinbarung einzuhalten, ist anstatt der bisherigen Zwangsjacke der Vollmitgliedschaft eine Sondermitgliedschaft anzustreben, mit einem Austritt aus Teilbereichen der Europäischen Union, z. B. aus der Gemeinsamen Außen- u. Sicherheitspolitik, wie es Dänemark von Anfang an zugestanden wurde. Sollte auch das nicht erreichbar sein, **ist ein vollumfänglicher Austritt Österreichs aus der EU unausweichlich.**

Neutralität verpflichtet uns Österreicher nicht, den Mund zu halten und angesichts von Lügen und Vertragsbrüchen

gleichgültig zu sein. **Aber sie verpflichtet den Staat, die Regierung und auch den Bundespräsidenten zu Zurückhaltung und Gleichbehandlung.** Die Neutralität dient als ein allseits anerkannter Ort der Begegnung, an dem

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt

- 1 Echte Neutralität und EU-Mitgliedschaft sind unvereinbar
- 2 Wie österreichische Politiker die Neutralität gefährden
- 3 Europa wird der große Verlierer im Ukraine-Konflikt sein
- 3 Der Ukraine-Krieg wurde vom Westen langfristig vorbereitet
- 4 Lesens-, sehens-, hörens-wert
- 4 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches
- 8 Impressum

Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die nicht hingehen müssen.

Erich Maria Remarque
1898 - 1970

die Konfliktparteien ohne Waffen miteinander reden können. **Solange es neutrale Staaten gibt, hat der Frieden eine Chance.**

Wir dürfen Sie, liebe Leserin, lieber Leser noch darüber informieren, dass die Parlamentarische Bürgerinitiative „Stoppt die Sanktionen gegen Russland“, die wir zusammen mit unserer Partnerorganisa-

tion Heimat & Umwelt (IHU) initiiert haben, nach wie vor auf große Zustimmung in der Bevölkerung trifft. **Unterstützen Sie bitte diese wichtige „Petition“ für Neutralität und Frieden weiterhin nach Kräften.** Die Unterschriftenblätter können bei NFÖ oder IHU angefordert oder von den Webseiten heruntergeladen werden.

Wie österreichische Politiker die Neutralität gefährden

Da nicht wenige österreichische Politiker in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem atlantischen Bündnissystem die Bedeutung der immerwährenden österreichischen Neutralität nicht mehr zur Kenntnis nehmen (wollen), sei ihnen in Erinnerung gerufen: Neutralität heißt schlicht und einfach **Unparteilichkeit bei militärischen Konflikten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigt.** So kann man auf der Homepage des österreichischen Parlaments nachlesen: *In einem bewaffneten Konflikt leistet ein neutraler Staat keine direkte oder indirekte militärische Unterstützung an Konfliktparteien. Außerdem tritt der Staat selbst nicht als aktive Partei in den Konflikt ein.*

Für Österreich bedeutet das konkret: weder eine direkte militärische Unterstützung von Konfliktparteien etwa durch Errichtung von fremden Militärstützpunkten, Gewährung von Transport- und Überflugrechten, Waffenlieferungen, gemeinsame Manöver mit fremden Militärbündnissen, noch eine indirekte wie Teilnahme an Wirtschaftssanktionen, humanitäre und medizinische Hilfe nur für eine der Kon-

fliktparteien oder finanzielle Hilfen an einen kriegsführenden Staat.

Seit seinem Beitritt zur EU 1995 kann Österreich seine Neutralität allerdings nicht mehr so wie bisher umsetzen. Besonders virulent ist diese Tatsache im Fall Robert Brieger geworden, eines Generals des österreichischen Bundesheeres. Er ist derzeit Vorsitzender des Militärausschusses der EU und somit für deren Sicherheits- und Verteidigungspolitik verantwortlich. Als solcher überwacht er auch die Ausbildung der ukrainischen Soldaten in Deutschland, durch die – wir berichteten darüber – Deutschland bzw. die EU Kriegspartei geworden ist.

Eine ehrliche Diskussion darüber, welche Folgen mit der EU-Mitgliedschaft verbunden sind, hat in Österreich bisher nie stattgefunden. Rechtlich gesehen wird zwar die Beistandspflicht der Gemeinsam Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU nur schlagend, wenn ein bewaffneter Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaates stattfindet. Es gibt auch die „irische Klausel“, wonach Staaten eine Verpflichtung, die ihrer Neutralität entgegensteht, nicht übernehmen müssen. Wie

Zuletzt möchten wir noch die Bitte um finanzielle Beteiligung an dieser intensiven Öffentlichkeitsarbeit anschließen. Die Kosten dafür und für dieses Informationsblatt fallen leider immer stärker ins Gewicht. Vielen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr NFÖ-Redaktionsteam

das dann in der Praxis aussieht, wenn kollektiver Druck auf einen Staat ausgeübt wird, ist eine andere Frage. Das sieht man schon im jetzigen Konflikt. Und dabei ist die Ukraine noch nicht einmal EU-Mitglied. Kommt es zu einer Ausweitung des Krieges und damit zur Gefahr des Angriffs auf ein EU-Mitglied, das die Aktivierung der Beistandspflicht gemäß EU-Vertrag fordert, wird man sehen, was aus der österreichischen Neutralität geworden ist. Äußerungen und Entscheidungen einer Reihe von österreichischen Politikern in vorauseilendem Gehorsam lassen schon jetzt das Schlimmste befürchten.

Außenminister Schallenberg ist bereits so weit von dem Bewusstsein weg, dass Österreich ein neutraler Staat ist, dass er „wir“ sagt, wenn von der westlichen Kriegspartei die Rede ist. Er spricht auch von „strategischer Partnerschaft“ mit den USA und davon, dass das „transatlantische Bündnis einer der Hauptpfeiler der österreichischen Außenpolitik“ sei.

Auch Bundespräsident Van der Bellen unterlässt es nicht, immer wieder gegen Russland zu sticheln, wenn er etwa von einem „russischen Angriffskrieg“ spricht, der von Moskau wie ein Kolonialkrieg geführt werde.

Verteidigungsministerin Tanner will generell angesichts des Ukraine-Krieges mehr Aufrüstung. Sie schwärmt für eine Teilnahme unseres Landes am NATO-Luftabwehrsystem „Sky Shield“. Wörtlich: „Was die NATO angeht, ist unser Land bei vielen Projekten schon mit dabei, etwa im Kosovo. Wir leben bereits eine „aktive Neutralität“, nicht zuletzt seit dem Beitritt zur EU.“ Noch radikaler und verdrehter kann man das Wesen von Neutralität wohl nicht verkennen. *Quellen: express.at; krone.at; DgW 2/2023*



Bild: ARGE ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

Europa wird der große Verlierer im Ukraine-Konflikt sein

Den Weg dazu haben die verantwortlichen Polit-Größen bereits eingeschlagen, und er ist nach menschlichem Ermessen nicht mehr rückgängig zu machen, egal wie der Krieg ausgeht. Ihre Fehlentscheidungen sind Legion. Sie geschahen entweder aus grenzenloser Naivität oder Hörigkeit gegenüber noch Mächtigeren – zum Leidwesen Europas und seiner Bürger.

Die EU-Politik geht nach wie vor wie ferngesteuert von der durch nichts gesicherten Annahme aus, dass die Ukraine bzw. der Westen den Krieg gewinnen wird. Die Ukraine brauche lediglich noch mehr und immer offensivere Waffen und noch mehr Geld. Bei einem Sieg könnten dann die Kosten Russland aufgebürdet werden.

Das sind Wunschphantasien. Die Kriegs- und Aufbaukosten werden von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten bzw. Steuerzahlern zu tragen sein. Waffenlieferungen beenden keine Kriege, sondern verlängern sie nur. Russland stimmt sein Vorgehen auf die Maßnahmen des Westens ab, falls man das noch nicht bemerkt hat. Eskaliert der Westen, dann macht das auch Russland. Und es hat enormes militärisches Potential. Unabhängige Militärexperten bezweifeln, dass der Krieg vom Westen je zu gewinnen ist. Die Lieferungen von Kampfpanzern machen die EU endgültig zur Kriegspartei – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Die EU-Entscheidungsträger setzen nicht nur ohne einen Plan B auf einen Sieg der Ukraine, sondern durch ihre bedingungslo-

se Unterstützung begeben sie sich in eine diplomatische Sackgasse, weil sie damit die Möglichkeit der eigenen politischen Mitsprache und der mäßigen Einflussnahme auf die Ukraine aufgeben.

Es reicht nicht aus, den Krieg zu gewinnen. Es ist wichtiger, den Frieden zu organisieren.

Aristoteles
antiker griechischer Philosoph

Die EU hat sich gänzlich der NATO ausgeliefert. Erst kürzlich ist eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwecks besserer Koordination bei der Kriegsführung beschlossen worden. Dabei ist das Verhältnis zu den USA nicht unbelastet. Mit dem Inflation Reduction Act setzt die Administration Biden den von Trump eingeschlagenen Weg des „America first“ unbeirrt fort. Mit ihm haben die Vereinigten Staaten der EU faktisch den Wirtschaftskrieg erklärt.

Schon durch den Verzicht auf russisches Gas hat sich die EU in eine umfassende Abhängigkeit von US-amerikanischen Flüssiggas-Lieferungen begeben. Durch den deutlich höheren Preis des LNG wird für alle bereits erkennbar die Wettbewerbsfähigkeit der EU geschwächt. Gleichzeitig verfügen die USA damit über ein weiteres politisches Druckmittel, das sie im Gegensatz zu Russland auch skrupellos einsetzen werden. **LNG gibt es nur für politisches Wohlverhalten.**

Merkel-Interview beweist: Der Ukraine-Krieg wurde vom Westen langfristig vorbereitet

Zur allgemeinen Kriegshetze der letzten Zeit gehörte der gegen die ehemalige deutsche Kanzlerin Merkel erhobene Vorwurf, sie habe dem „Angriffskrieg“ Russlands gegen die Ukraine Vorschub geleistet, indem sie während ihrer Amtszeit einem Beitritt der Ukraine zur NATO ihre Unterstützung verweigert habe. Denn wäre die Ukraine bereits NATO-Mitglied, hätte Putin es nicht gewagt, die Ukraine anzugreifen – eine völlig abwegige Argumentation, denn wenn Russland noch 2022 bereit war, einen NATO-Beitritt der Ukraine zu verhindern, umso mehr wäre es dazu 2017 bereit gewesen, als die Ukraine noch nicht vom Westen so hochgerüstet war wie heute.

Offenbar mit der Absicht sich zu rechtfertigen, ließ Merkel in einem Interview mit dem demaskierenden Zugeständnis aufhorchen: *Das Minsker Abkommen von 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um*

stärker zu werden, wie man heute sieht.

Bisher ist das Minsker Abkommen (Minsk I u. II) als Versuch dargestellt worden, eine friedliche Beilegung des Konflikts in der Ostukraine herbeizuführen, ein Unterfangen, das angeblich vom bösen Präsidenten Putin hintertrieben wurde. Doch darum ist es, wie jetzt Merkels Äußerungen belegen, nie gegangen. **Man wollte dieses Abkommen gar nicht umsetzen, sondern der Ukraine lediglich mehr Zeit zur Aufrüstung einräumen.** Deshalb wurde u. a. auch die wichtigste



„Friedensgespräche“ 2015 in Minsk - mit Poroschenko (Ukraine), Hollande (Frankreich), Merkel (BRD) und Putin (Russ. Föderation). Zu diesem Zeitpunkt hatte Wladimir Putin keine Ahnung von den betrügerischen Absichten der westlichen Verhandler.

Bildquelle: <http://thepoliticalstudent.com/> - screenshot

Bestimmung des Abkommens, den umstrittenen Separatistengebieten Donezk und Luhansk einen Autonomiestatus zu gewähren, von der Ukraine nie realisiert.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Straftatbestände der Neutralitätsgefährdung (Strafgesetzbuch § 320 Abs.1)

Wer wissentlich im Inland während eines Krieges oder eines bewaffneten Konfliktes, an denen die Republik Österreich nicht beteiligt ist, oder bei unmittelbar drohender Gefahr eines solchen Krieges oder Konfliktes für eine der Parteien

1. eine militärische Formation oder ein Wasser-, ein Land- oder ein Luftfahrzeug einer der Parteien zur Teilnahme an den kriegerischen Unternehmungen ausrüstet oder bewaffnet,
 2. ein Freiwilligenkorps bildet oder unterhält oder eine Werbestelle hierfür oder für den Wehrdienst einer der Parteien errichtet oder betreibt,
 3. Kampfmittel entgegen den bestehenden Vorschriften aus dem Inland ausführt oder durch das Inland durchführt,
 4. für militärische Zwecke einen Finanzkredit gewährt oder eine öffentliche Sammlung veranstaltet oder
 5. eine militärische Nachricht übermittelt oder zu diesem Zweck eine Fernmeldeanlage errichtet oder gebraucht,
- ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

Das Abkommen diene lediglich der Täuschung der Öffentlichkeit und Russlands. Der ebenfalls an den Verhandlungen beteiligte ehemalige französische Präsident Hollande bestätigt diese Sichtweise, die jahrelang als russische Propagandalüge diffamiert worden ist. **Damit ist der Beweis erbracht, dass der Westen systematisch auf diesen Stellvertreterkrieg**

der NATO gegen Russland hingearbeitet, ihn mit Vorsatz herbeigeführt und ihn – so ist zu folgern – zeitgerecht provoziert hat.

Dieses Merkel-Interview gewährt einen tiefen Einblick in die politischen Methoden und den Charakter westlicher Entscheidungsträger, für die lügen, täuschen und tarnen offenbar zum Handwerkszeug ge-

hört. Inzwischen glaubt Moskau dem Westen kein Wort mehr. Für zukünftige Friedensverhandlungen sind das keine guten Voraussetzungen. Aber auch sich selbst und dem westlichen Lager hat Merkel mit diesem Interview einen Bärendienst erwiesen. Wohl deswegen verschwand es schnell in der Versenkung.

Quellen: zeit.de; dw.com

Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Ende der Meinungsfreiheit - Auf dem Weg in eine illiberale Gesellschaft?** Video (Dauer: 23:35). Die deutsche Ausnahme-Politikerin Sahra Wagenknecht findet es erschreckend, dass nur noch eine Minderheit in Deutschland der Ansicht ist, man könne hierzulande frei die eigene politische Meinung äußern. Schon in der Coronakrise hat sich das gezeigt, und heute sind es die Kriegsgegner, die Waffenlieferungen ablehnen und für eine diplomatische Lösung werben, die am öffentlichen Pranger stehen. www.sahra-wagenknecht.de
- **Wortmeldung von Oskar Lafontaine.** Um ihre geostrategischen Ziele zu erreichen, sind die USA in den letzten Jahren dazu übergegangen, andere für sich kämpfen zu lassen. In Europa wollen sie vor allem Deutschland immer stärker in den Krieg hineinziehen. www.nachdenkseiten.de
- **Warum die USA ihren Anspruch auf eine Sonderstellung in der Welt aufgeben müssen.** Autor: Patrick Lawrence. www.zeit-fragen.ch
- **Selenskyj, seit jeher ein Saubermacher ganz besonderer Art.** Offshore-Geschäfte von Selenskyj und Kolomojskyj – aufgedeckt in den „Pandora-Papers“. Dokumentation. www.bpb.de
- **Es sind die Amerikaner und die Nato, die diesen Krieg ausgelöst haben.** Pierre de Gaulle, Enkel von Charles de Gaulle, über die intellektuelle Unehrllichkeit und Heuchelei Europas in der Ukraine-Krise und die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Russland. www.zeit-fragen.ch
- **Die Schweiz ist ein Rechtsstaat – da kann man nicht einfach den Leuten ihr Geld wegnehmen.** Interview mit dem Schweizer Nationalrat Franz Grüter. Jemanden einfach aufgrund seiner Staatsangehörigkeit enteignen und nicht aufgrund eines Gerichtsurteils und eines sauberen rechtsstaatlichen Verfahrens ist verfassungswidrig. Es gab in der Schweiz schon Fälle, in denen man ausländischen Diktatoren Gelder entzogen hat. Das haben allerdings Gerichte entschieden. www.zeit-fragen.ch
- **Schulen erhalten „Denkleitfaden“ für Blackout.** Die Schulen sollen in Eigenverantwortung Notfallpläne für den Fall eines Blackouts erstellen bzw. diese überarbeiten. In einem Rundschreiben hat das Bildungsministerium den Bildungsdirektionen einen „Denkleitfaden“ dazu übermittelt. www.diepresse.com
- **Diktatur der Eliten.** Eine anonyme, demokratisch nicht legitimierte Macht ist dabei, unsere Sprache zu verändern. Kommentar von Thilo Sarrazin in der *Weltwoche* 02/23.

Wussten Sie.....?

Wenn Verschwörungstheorien wahr werden

Meinungsfreiheit ist das Recht, eine Meinung zu äußern, auch wenn sie anderen missfällt. Die Stunde ihrer Bewährung ist dann gekommen, wenn die entsprechende Meinung den Mächtigen missfällt. Erst dann zeigt es sich, ob sie tatsächlich existiert. Misst man den Grad der Meinungsfreiheit an diesem Maßstab, leben wir weit entfernt von diesem theoretisch gewährten demokratischen Grundrecht.

Das soll an einem Beispiel illustriert werden. Seit der Übernahme des Kurznachrichtendienstes Twitter durch Elon Musk werden Teile der internen Kommunikation der letzten Jahre veröffentlicht. Sie ergeben ein erschreckendes Bild und sind als Zeitdokumente bedeutsam. Denn es zeigt sich: CIA, FBI und andere Regierungsstellen, ebenso der größte Impfstoffherstel-

ler Pfizer sendeten demnach regelmäßig Anträge zur Löschung von Tweets oder Accounts, hakten nach, verliehen ihren Forderungen Nachdruck, denen in den meisten Fällen gehorsam entsprochen wurde. **Es ging vor allem darum, das offiziell verordnete Narrativ durchzusetzen**, ob es nun richtig war oder nicht. Bei dem ersten Treffen von Twitter-Verantwortlichen mit der Biden-Regierung wurde sogar gefordert, gegen «Impfgegner» vorzugehen, während Biden selbst nachweislich Falschinformationen darüber verbreitete, dass die Impfung vor Ansteckung schütze. Im Fall der Löschung von Artikeln zum Laptop von Hunter Biden, der, wie wir heute wissen, Unmengen an kompromittierendem Material enthält, hatte das sogar **Einfluss auf den Ausgang der**

letzten Präsidentschaftswahl.

Twitter handelte quasi wie eine Unterbehörde des US-Sicherheits-Apparats und von Großkonzernen. Als Entschädigung für die vielen Anfragen zahlte das FBI an Twitter sogar 3,5 Millionen Dollar.

Man kommt nicht umhin, von Zensur zu sprechen. Zensur hat in Demokratien nichts zu suchen. Es darf sie eigentlich nicht geben. Zensur bedeutet, dass es in diesem weltweit agierenden Medium keine freie Meinungsbildung gegeben hat.

Auf die Twitter-Files könnten bald Facebook-Files, Google-Files und so weiter folgen. Soziale und andere Medien als Handlanger der Mächtigen also, und das ist keine Theorie, sondern aufgedeckte und aufzudeckende Realität, Verschwörungswirklichkeit. *Quelle: weltwoche.ch*

Die EU-Kommission gibt grünes Licht für Insekten in Nahrungsmitteln

Offenbar in Vorbereitung auf eine zu erwartende Lebensmittelknappheit hat die EU eine weitere Tranche von unserem Essen beigemischten Heuschrecken, Käfern und Würmern freigegeben. Eine vor ca. einem Monat erlassene Verordnung besagt, dass von nun an gemahlene Hausgrillen und Larven des Getreideschimmelkäfers in gefrorener, pastenartiger, getrockneter oder pulverisierter Form in unseren Nahrungsmitteln enthalten sein dürfen, etwa in Brot, Teigwaren, Schokolade, Keksen, Getreideriegeln oder Suppenpulver. Ähnliche Regelungen gibt es bereits für Wanderheuschrecken und Mehlwürmern, und es ist zu erwarten, dass es nicht dabei bleiben wird.

Als Argumente dafür dienen wieder einmal die Floskeln von Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Es geht um die Gewinnung von zusätzlichen Proteinen und weniger Fleischgenuss. In anderen – exotischen – Ländern sei Insektenverzehr ohnehin üb-

lich. Außerdem werde von der EU alles genau zertifiziert und überwacht, alles werde genau gekennzeichnet. Niemand werde also gezwungen.

Dabei enthalten Insekten oft relativ wenig Eiweiß. Dafür sind sie aufgrund der Aufzucht auf engstem Raum besonders anfällig für den Befall mit Viren, Bakterien, Pilzen und Parasiten, die als Krankheitserreger auf andere Tiere und auch Menschen übertragen werden können. Dazu kommt, dass das Potenzial für Allergien bei Insekten bislang kaum erforscht ist. Der Verzehr kann vor allem für Menschen gefährlich werden, die bereits auf Schalentiere und Hausstaubmilben allergisch reagieren. Besonders gefährlich ist das in den äußeren Skeletteilen der Insekten enthaltene Chitin. Es hat eine toxische Wirkung auf den menschlichen Organismus und kann von ihm nicht abgebaut werden. Es wird mit der Entstehung zahlreicher chronischer Krankheiten in Verbindung gebracht. In-

sekten sind Weltmeister im Speichern von Umweltgiften, was das Insektensterben der letzten Jahrzehnte beweist.

Die Auswirkungen und Risiken von menschlichem Insektenverzehr sind noch weitgehend unerforscht, vorhandene Studien werden nicht veröffentlicht. Es gibt auch im Gegensatz zu jeder anderen Form landwirtschaftlicher Tierhaltung keinerlei Hygienevorschriften für Insektenproduktion. Der Konsument wird im Ungewissen gelassen. Der EU-Kommission, die für die Zulassung von Insektennahrung verantwortlich ist, ist das alles selbstverständlich bewusst. Und trotzdem macht sie es. Da stellt sich natürlich die Frage, wieso.

Im Allgemeinen tun wir unserer Gesundheit etwas Gutes, wenn wir nicht auf die EU-Kommission hören, sondern bei dem bleiben, was unsere Vorfahren seit Generationen gegessen haben.

Quellen: verbraucherzentrale.de; ruhrkultour.de

In unglaublicher, fast schon caesarischer Anmaßung hat der österreichische Bundespräsident (im ORF-Interview am 25.1. Anm.) gesagt: „Auch wenn Kickl, der FPÖ-Vorsitzende alle Wahlen gewinnen sollte, dann werde ich ihn nie zum Kanzler machen“. Wie lautete seine Begründung? Kickl sei Vorsitzender einer antieuropäischen Partei, die außerdem den Krieg Russlands gegen die Ukraine nicht verurteilt. Stellen Sie sich diese Begründung einmal vor! Da hat sich ein Staatsoberhaupt, das die Verfassungsordnung Österreichs garantieren sollte, der oberste Gralshüter der Verfassung, angeblich als Totengräber der Verfassung zu erkennen gegeben.

Das zeigt Ihnen, liebe Österreicher, auf diese Politiker, auf diese Präsidenten ist nicht Verlass.

Roger Köppel, Journalist, Schweizer Nationalrat (W.D., 30.1.23)

Die EU versinkt im Korruptionssumpf

Eine filmreife Szene: Die belgische Polizei stürmt die Wohnung einer hübschen Griechin. Sie ist Vizepräsidentin des EU-Parlaments. Ihr Name ist Eva Kaili. In ihren Luxushandtaschen befinden sich 160 000 Euro in bar. Mit im Spiel: der Lebensgefährte, ebenfalls im EU-Parlament beschäftigt, der Vater, der noch mit 600 000 Euro in einem Koffer flüchten wollte, ein weiterer, ehemaliger EU-Abgeordneter und einige Mitwisser. Insgesamt werden 1,5 Millionen Euro sichergestellt. Möglicherweise geht es um ein wesentlich größeres Netzwerk und um wesentlich höhere Summen. Die Hauptverdächtigen werden verhaftet. Der Vorwurf lautet: Korruption, Geldwäsche, Bildung einer kriminellen Vereinigung, Einflussnahme aus dem Ausland. Tatsächlich hatte Kaili eine auffallend positive Rede zugunsten des Golfstaates Katar im Parlament gehalten und sich mit Funktionsträgern dieses Landes getroffen.

Das Pikante an dieser Geschichte ist, dass gerade wenige Tage zuvor sich die Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten auf eine Bargeldobergrenze von 10 000 Euro für ihre Bürger verständigt haben mit dem Ziel der „Bekämpfung der Geldwäsche“, und

Ungarn aktuell sechs Milliarden Euro aus dem EU-Gemeinschaftshaushalt wegen dort angeblich herrschender Korruption verweigert werden.

Dann begann die Affäre größere Kreise zu ziehen. Von Kontakten und Geldtransfers zwischen weiteren Abgeordneten und ihren Assistenten und zwielichtigen Lobbyorganisationen wurde berichtet.

Entschlossen, fast hektisch hat die EU-Führung reagiert. Kaili wurde aus dem Präsidium des Parlaments und aus der sozialdemokratischen Partei entfernt. Umfassende Reformen für die Erfassung von Lobbytätigkeiten im Parlament wurden angekündigt und alle Kontakte zu Behörden und Politikern in Katar eingefroren. Dann stellte es sich heraus, dass nicht nur Katar, sondern auch Marokko und verschiedene Unternehmen versucht haben, auf politische Entscheidungen der EU mit Geld- und Sachgeschenken Einfluss zu nehmen.

Inzwischen hat der Skandal den Europäischen Gewerkschaftsbund und die EU-Kommission erreicht, speziell den ebenfalls aus Griechenland stammenden Margaritis Schinas.

Die EU-Staatsanwaltschaft ermittelt auch gegen die Oberkommissarin von der Leyen in der Sache der undurchsichtigen Corona-Impfstoffverträge mit dem Pharmakonzern Pfizer, zu dessen Geschäftsführer Albert Bourla sie „ein tiefes Vertrauen entwickelt hat, weil wir in intensive Gespräche vertieft sind“. Die Vertragsverhandlungen hat sie sich selbst vorbehalten, Kontrollinstanzen wurden übergangen. **Die Kommission weigert sich nach wie vor, Details zu den Verträgen bekanntzugeben**, weil sie „noch keine Informationen zu diesem Thema erhalten hat“. Es soll sich um ein Volumen von etwa 35 Milliarden Euro Steuergeld handeln. *Quellen: jungefreiheit.de; dw.com; exxpress.at*

Es ist wenig überraschend, dass sich in diesem riesenhaften, geldanhäufenden, dystopischen System, wie es die EU-Institutionen darstellen, Korruption einnistet und – allen Reformversuchen, Kontrollinstanzen und dem Lobbyisten-Transparenz-Register zum Trotz – fort dauert. Es entspricht der inneren Logik eines solchen Systems.

Politisch sind wir nicht neutral

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass die Schwarzen lieber heute noch als morgen beim Krieg der NATO gegen Russland, ausgetragen auf dem Rücken der Ukraine, ganz vorne mit dabei sein möchten. Um das zu erreichen, scheint ihnen jedes Mittel recht zu sein, und sei es noch so widersprüchlich. Die österreichische Neutralität in eine militärische und politische aufzuspalten und gegeneinander auszuspielen, und auf diese schlechende Neutralitätsauflösung auch noch stolz zu sein, wie das Verteidigungsministerin Tanner tut, ist gefährlicher Unfug. Entweder ist man neutral, dann hat man es auf allen offiziellen Ebenen zu sein, oder man ist es eben nicht. So ist es in unserer Verfassung festgeschrieben: Österreich wird seine immerwährende Neutralität mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. Alles andere ist unglaubwürdig und schadet dem internationalen Ansehen Österreichs.

Eine Politikerin, die das nicht begreifen will, ist in ihrem Amt untragbar.

DI. Max Ortner, Salzburg

Ich habe nichts zu verbergen

In China kann man nicht einkaufen, teils nicht mehr in seine eigene Wohnung, wenn die steuerbare Gesundheits-App auf ROT schaltet. Auch bei uns wird bargeldloser Zahlungsverkehr, Handysignatur oder Digitale ID mit sanftem Zwang durchgesetzt: Förderanträge der Bauern nur mehr mit Handysignatur, Reisen sollen nur mehr mit internationalem Gesundheitszertifikat möglich sein, ohne Digitale ID bald keine Krankenversicherung, für einen Pass sind Fingerabdrücke nötig - bald auch biometrische Daten, damit man von Überwachungskameras überall identifiziert werden kann, in Nigeria wurden sogar alle Handys bei fehlender digitaler Identität gesperrt, Überwachung über Smart Meter, funkende Wasser-Wärme- und Gaszähler, usw. usw. Aber wir haben doch nichts zu verbergen, oder? Könnte aber sein, dass Sie bald keinen Job

mehr bekommen, weil die Elga Daten einen oftmaligen Krankenstand zeigen. Sie überweisen ihrem Kind 1000 Euro für den Autokauf oder verkaufen etwas auf „Willhaben“, müssen dies dann aber besteuern, weil die Überweisung beim Finanzamt aufscheint. Sie helfen ihrem Freund beim Hausbau, ihr Handy hat den Standort preisgegeben und Sie werden wegen Schwarzarbeit angezeigt. Und wenn Sie nicht brav sind oder zu viel Strom verbrauchen, wird per fernüberwachtem Smartmeter-Zähler der Strom abgeschaltet. Höchste Zeit STOPP zu sagen.

Fritz Loindl, Oberwang

Wider die Ohnmacht

Angesichts der Tatsache, dass auf der ganzen Welt neben der Ukraine noch viele weitere Krisenherde mit brutaler Missachtung jeglicher Menschenrechte stattfinden, fragt man sich: «Was tun?»

In dieser weltweiten Bedrohungslage gibt es nur einen Weg: Diesen Irrsinn zu stoppen und den Weg des ehrlichen Dialoges auf Augenhöhe zu suchen. Waffenlieferungen vergrößern nur das Elend, richten noch größeres Unheil an. Das gleiche gilt für die Sanktionspolitik: Sie schadet vor allem der Zivilbevölkerung – aber auch uns selber. Im Irakkrieg allein sind fast eine Million Menschen wegen der westlichen Sanktionspolitik umgekommen. Cui bono?

Es bleibt die Aufgabe aller Menschen, den Frieden einzufordern, den Stopp aller Kriegshandlungen – auch aller verdeckten Operationen – und vor allem die Achtung der Sicherheitsinteressen aller Menschen, Völker und Länder. Viel stärker und wirkungsvoller als alle Waffen der Welt ist die Wirkkraft des echten Dialoges. Sie ist eine Hoffnung für die Zukunft der Menschheit. Wir benötigen eine vollständig neutrale Haltung, die für den Frieden «streitet». Mit einseitiger Parteinahme lassen sich keine Konflikte lösen. Das funktioniert in keiner Familie, in keiner Schule, nirgends.

Ulrich Meister, Menziken, Schweiz

Leider immer ein paar Schritte hinten nach!

Bundeskanzler Karl Nehammer hat jetzt scheinbar den Ernst der Lage erkannt und schlägt wie ein Ertrinkender um sich. Österreich als neutrales Land hätte von Anfang an ein Veto bei der Europäischen Union gegen die Russland-Sanktionen einlegen müssen. Nehammer wird erkennen, dass seine jetzigen Drohungen die Europäische Union in keiner Weise erschrecken werden. Diese Vorgangsweise gleicht jemandem, der die Feuerversicherung erst dann abschließt, wenn das Haus schon im Vollbrand ist!

Richard Leopold Tomasch, St. Michael

Neutralität und Direkte Demokratie erweisen sich für die Schweiz in vielfältiger Weise als nützlich

Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg – eine diplomatische Großmacht

Es ist wenig bekannt, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg sozusagen eine diplomatische Großmacht war. Sie vertrat die Bürger von 43 Staaten und schützte deren Interessen, wozu diese Staaten aufgrund der Kriegshandlungen außerstande waren: Deutsche in alliierter Hand und Alliierte in deutscher Hand standen gleichermaßen

unter dem Schutz der Schweiz. Auch die größten und mächtigsten Staaten der Welt, insgesamt 1,6 Milliarden Menschen, vier Fünftel der damaligen Weltbevölkerung (siehe Bild), sprachen dem neutralen Kleinstaat Schweiz ihr Vertrauen aus.

Quelle: <https://naturrecht.ch/>; W. Rings, *Advokaten des Feindes*



Volksabstimmung für den Erhalt des Bargelds in der Schweiz auf den Weg gebracht

Der Schweizer Franken ist die härteste Währung der Welt und hat sich in der Inflationsschere der letzten Monate wieder hervorragend bewährt. Umso verständlicher ist die Ablehnung der Preisgabe des Frankens zugunsten eines zweifelhaften globalistischen Währungsprojekts. Mit einer digitalen Währung könnten Zinsen in den Minusbereich gesenkt, Konten gesperrt, Strafzahlungen abgebucht werden, ohne dass die Inhaber sich dagegen wehren könnten. Zusammen mit dem Sozialkredit-System ist die Abschaffung des Bargelds das perfekte Kontroll- und Überwachungssystem schlechthin.

So ist es angesichts internationaler Bestrebungen zur Abschaffung des Bar-

gelds logisch, dass die freiheitsliebenden Schweizer dank der Möglichkeiten der Direkten Demokratie zu diesem Thema einen Volksentscheid verlangen. Deshalb hat die bürgerlich-konservative „Freiheitliche Bewegung Schweiz (FBS)“ für die Volksinitiative *Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)* bis Anfang Februar die nötige Anzahl von mindestens 100 000 Unterschriften gesammelt, sogar noch über 50.000 mehr als nötig. Konkret verlangt die FBS, dass Artikel 99 der Eidgenössischen Bundesverfassung um zwei Sätze zu ergänzen sei. Wörtlich heißt es in dem kurzen Abstimmungsantrag: **Der Bund stellt sicher, dass Münzen oder Banknoten immer in genügendender Men-**

ge zur Verfügung stehen. Der Ersatz des Schweizerfrankens durch eine andere Währung muss Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden.

Nachdem die Volksinitiative nun angenommen ist, muss der Bundesrat in Bern (= Bundesregierung) binnen vier Monaten einen Termin für den eigentlichen Volksentscheid bekannt geben. Dessen Ergebnis ist verbindlich für Regierung und Parlament, und die Verfassung muss bei Erfolg entsprechend geändert werden. Anders in Österreich. Hier ist die Verankerung des Rechts auf Bargeld dank der angeblichen Volksvertreter im Parlament schon einmal gescheitert.

Quelle: unser-mittleuropa.com

Brasilien verweigert Teilnahme am Ukraine-Krieg



Da staunte der deutsche Bundeskanzler Scholz nicht schlecht, als er bei seinem

Ende Jänner erfolgten Arbeitsbesuch in Brasilien feststellen musste, dass er bei seinem Werben für Munitionslieferungen zwecks Eskalation des Krieges in der Ukraine auf taube Ohren stieß. Im Gegenteil, Brasiliens neu gewählter Präsident Lula da Silva hat sich sogar für Friedensverhandlungen ausgesprochen. Das hat Scholz wohl nicht erwartet. „Brasilien ist ein Land des Friedens. Und deswegen will Brasilien keinerlei Beteiligung an diesem

Krieg, auch nicht indirekt“, sagte Lula auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Begründung seiner Absage. Stattdessen sei es notwendig, „eine Gruppe von Ländern zu bilden, die stark genug ist und respektiert wird, und sich mit den beiden an einem Verhandlungstisch zusammensetzt.“ Als mögliche Vermittler nannte er Brasilien und China. Zum Schrecken seiner Verhandlungspartner ging Brasiliens Präsident noch weiter, indem er die Ukraine mitverantwortlich für den Krieg machte. Zwar habe Russland „den klassischen Fehler begangen, in das Territorium eines anderen Landes

Der Friede ist das Meisterstück der Vernunft.

Immanuel Kant
deutscher Philosoph

einzudringen“, sagte er. „Aber ich denke immer noch: Wenn einer nicht will, streiten zwei nicht.“

Scholz hat vor Brasilien auch Chile und Argentinien besucht. Alle drei Länder wollen keine Waffen an die Ukraine liefern.

Quelle: neopresse.com/; praxistipps.focus.de

bedürftige, unbescholtene, katholische Bürger seiner Stadt. Er wollte damit Gutes tun und Gott dafür danken, dass er so viel Glück in seinem Leben hatte. Er legte den Mietpreis auf einen Rheinischen Gulden pro Jahr fest, damals der Wochenlohn eines Handwerkers. Das sind heute umgerechnet 88 Cent. Die Nebenkosten von monatlich 90 Euro müssen die Bewohner

(Fortsetzung auf Seite 8)

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Mattle, sehr geehrter Herr Bürgermeister Willi, sehr geehrte Damen und Herrn Kongresshaus-Eigentümervorteiler des Landes Tirol, der Stadt Innsbruck, des Kongresshauses (CMI), der Tiroler Wirtschaftskammer und des Tourismusverbandes in ihren Funktionen als Amtsträger, Funktionäre, Aufsichtsräte etc., Herr Landeshauptmann Mattle zusätzlich als Aufsichtsbehörde, sowie sehr geehrte Damen und Herren der Justiz!

Als Innsbrucker Bürger und Steuerzahler erfuhr ich aus diversen Medien, dass der grüne Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi dem Kongresshaus-Geschäftsführer Christian Mayerhofer, die Weisung erteilte, einen für den 26. Jänner 2023 angesetzten Vortrag des renommierten Schweizer Historikers und Friedensforschers Dr. Daniele Ganser mit dem Titel „Warum ist in der Ukraine ein Krieg ausgebrochen?“ nicht stattfinden zu lassen. Willi habe in Rücksprache mit den Eigentümervorteilern gehandelt. Die CMI gehört zu 58 Prozent der Stadt Innsbruck. Sofern die Zitate korrekt wiedergegeben wurden, argumentiert Willi damit, dass der Saal für die Veranstaltung zum einen „wegen der bekannten Positionen des Herrn Ganser nicht geeignet“ sei. Zum anderen entspreche seine Entscheidung der 2014 im Gemeinderat festgelegten Linie, wonach „keine Vermietung von öffentlichen Räumen an rechtsextreme oder rassistische Vereine (...) und / oder terroristische Bewegungen“ erfolgen dürfe. Zur völlig abstrusen diesbezüglichen Einstufung von Gansers Forschungsergebnissen dienten offenbar Ausführungen des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes“ (DÖW). Ausgerechnet dieser – übrigens demokratisch nicht legitimierte – Verein darf aber selbst gemäß einer Entscheidung des OLG Wien (1998) straffrei als „antifaschistischer Denunziantenstadel“, „kommunistische Tarnorganisation“ bzw. als „eine Art Privat-Stasi“ bezeichnet werden. Bereits bei einfacher Überprüfung von Gansers nicht nur strafrechtlich einwandfreier, sondern auch ungewöhnlich ehrenhafter und vorbildlicher wissenschaftlicher Laufbahn hätte sich Bürgermeister Willi mühelos davon überzeugen können, dass der Referent nicht nur millionenfacher Bestsellerautor, sondern unter anderem auch Inhaber zahlreicher Auszeichnungen internationaler Provenienz ist. Im konkreten Fall steht ein derartiges Auftrittsverbot für Ganser in krassem Widerspruch zu der in Österreich gesetzlich garantierten Meinungsfreiheit. Wer einem internationalen Friedenskämpfer wie Ganser das Wort verbietet, muss sich zwangsläufig dem Vorwurf aussetzen, selbst keineswegs Interesse an einem friedlichen Miteinander aller Menschen zu haben. Dem Auftrittsverbot diametral gegenüber steht auch das offizielle Kongresshaus-Selbstverständnis: „Zum Nutzen der Menschheit schaffen wir für Wissenschaft und Forschung den organisatorischen Rahmen, um professionellen Austausch, Vernetzung und Weiterbildung zu ermöglichen.“

Diesen Brief erhielten wir am 10. Jänner. Aus Platzgründen wurde er nur auszugsweise abgedruckt. Für das Einverständnis danken wir Herrn Bernd Stracke herzlich.

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

für ihre durchschnittlich 60 Quadratmeter großen Wohnungen selbst aufbringen. Dazu kommt eine „geistige Dienstleistung“, auf die Fugger die Bewohner der Siedlung zusätzlich verpflichtet hat: täglich ein Vaterunser, ein Glaubensbekenntnis und ein Ave Maria für das Seelenheil des Stifters und seiner Familie zu beten. Diese kleine Stadt in der Stadt erfüllt heute noch eine wichtige soziale Funktion, die in größeren Städten bereits verloren gegangen ist. „Man ist eine richtige Gemeinschaft. Wenn man jemanden mal ein paar Tage nicht sieht, dann fragt man die anderen: ‚Wisst ihr was, ist da irgendwas los?‘ Man hat ein richtig großes



Wohnhäuser in der Fuggerei;
kleines Bild: Stifter Jakob Fugger

Bild: rp

soziales Netz“, meint eine Bewohnerin. Das Gemeinschaftsleben wird auch gefördert. Neben den Gottesdiensten in der eigenen Kirche gibt es jeden Dienstag ein gemeinsames Frühstück und jeden Donnerstagnachmittag Kaffee und Kuchen. *Quelle: br.de*

Ein wirklich vorbildhaftes Projekt, nicht zuletzt für unser Zeitalter der sozialen Isolation in den Großstädten und der unerschwinglich gewordenen Mieten, egal wie man vom Stifter denkt, ob er am Ende seines Lebens ein Idealist geworden ist oder ihn das schlechte Gewissen drückte. Die Milliardäre unserer Tage sollen sich daran ein Beispiel nehmen und ähnliche „Fuggereien“ in größeren Städten errichten. Ein guter Nachruf für hunderte von Jahren wäre ihnen sicher.

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

NFÖ-Bundesversammlung zum 20-Jahr-Jubiläum der NFÖ-Gründung

- Vorankündigung -
Sa. 3.6. und So. 4.6.2023 in Thaur bei Innsbruck

NFÖ-Salzburg – Infoabend

Freitag, 14. April 2023, Beginn 18.30 Uhr
Haus „Wartenberg“, Riedenburgerstr. 2
(Beginn Bayernstraße) in Salzburg-Stadt
Infos unter Telefon 0699 1720 0336

NFÖ-Wien – Monatstreffen

jeden 3. Dienstag im Monat: ab 18 Uhr, Cafe „Frey“,
1040 Wien, Favoritenstr.44
Infos unter Tel. 0676 406 5409

NFÖ-Vorarlberg – Friedensgespräch

Samstag, 25. März 2023, Beginn: 17:00 Uhr
Raum „Bödele“ im Gasthaus „Krone“,
Hatlerstraße 2, 6850 Dornbirn
Infos unter Telefon: 0699 144 303 47

VORTRAG MIT DISKUSSION

Thema: „Die völkerrechtlichen Rechte und Pflichten eines immerwährend neutralen Österreichs in Zeiten eines Krieges des Westens gegen Russland.“

Referent: Univ. Prof. Dr. Michael Geistlinger,
Termin: Dienstag, 28. März 2023, Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Gasthof-Hotel „Stockinger“,
Ritzlhofstraße 63, 4052 Ansfelden bei Linz,
Organisation und Moderation: Inge Rauscher (IHU)

Niederländische Regierung hält an Beschränkung von Familiennachzug fest



Obwohl ein Gericht im vergangenen Dezember auf die Klage einer syrischen Asylantin hin entschieden hat, dass die Regelung gegen das Ausländergesetz verstößt und ihre Familie unverzüglich einreisen darf, sollen nach dem Willen der niederländischen Regierung Asylberechtigte weiterhin nur ihre Familien nachholen dürfen, wenn sie eine reguläre Wohnung gefunden haben. Der zuständige Staatssekretär für Asyl und Migration erklärte nach der richterlichen Entscheidung im Eilverfahren, diese betreffe nur einen Einzelfall. Die Gültigkeit der Regelung solle in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden. Bis zu so einer Entscheidung kann es aber noch dauern. Erst 15 Monate nach der Anerkennung des Asylstatus soll diese Beschränkung auch für Migranten entfallen, die dann noch in einem Heim wohnen.

Hintergrund der im vergangenen Sommer beschlossenen Beschränkung sind Probleme bei der Unterbringung. Die zentrale niederländische Flüchtlingsorganisation kündigte nach dem Festhalten an dieser Regelung dutzende Klagen von betroffenen Asylberechtigten an.

Quelle: jungewelt.de

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 18. Februar 2023

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;
Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: buendnis@nfoe.at; Bankverbindung: IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098